

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16012
Donnerstag, 11. März 2021

EU-Milchmarkt: Aufwärtstrend bei Notierungen für Standardprodukte hält an	1
EU-Parlament fordert europäisches Lieferkettengesetz	2
US-Kongress stimmt für billionenschweren Rettungsplan	2
Köstinger: EAG schafft Rahmen für Biomasse-Ausbau und Energiegemeinschaften	4
Moosbrugger: EAG für mehr Arbeitsplätze und Wertschöpfung dringend benötigt	5
Montecuccoli begrüßt EAG: Land- und Forstwirtschaft ist Teil der Energiewende	6
Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz stößt bei Experten auf positives Echo	7
Bauernbund: EAG muss Weichen für eine klimaneutrale Zukunft stellen	8
Ukraine: Exportwert von Ölmühlenprodukten bisher um ein Drittel gesteigert	9
Bundesforste pflanzen 1,5 Mio. Jungbäume	9
OÖ: Erster Aufzuchtbetrieb für Masthendl-Elterntiere nimmt Arbeit auf	11

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

EU-Milchmarkt: Aufwärtstrend bei Notierungen für Standardprodukte hält an

Vorjahresniveau wird zum Teil schon übertroffen

Brüssel, 11. März 2021 (aiz.info). - Die Notierungen für Standard-Milchprodukte tendieren in der EU seit Jahresbeginn 2021 deutlich nach oben. Mittlerweile wird in einigen Bereichen - vor allem bei Butter und Vollmilchpulver - bereits das Vorjahresniveau übertroffen. Dies geht aus den jüngsten Zahlen der Milchmarkt-Beobachtungsstelle der EU-Kommission hervor. * * * *

Nach Angaben der Kommission lag die Notierung für Butter Anfang Jänner 2021 im EU-Schnitt bei 335 Euro/100 kg, bis 7. März stieg sie kontinuierlich auf 380 Euro. Damit wurde die Vorjahreslinie um 8% überschritten. Die Butter-Notierungen hatten im Frühjahr 2020 im Zuge der Corona-Krise deutlich nachgegeben und Mitte Mai mit 281 Euro den tiefsten Wert des Jahres verzeichnet. Danach konnten sie sich wieder festigen, dieser positive Trend hielt bis November an, erst im Dezember neigten die Notierungen ein wenig zur Schwäche.

Magermilchpulver notierte in der EU zu Jahresbeginn 2021 im Schnitt bei 219 Euro/100 kg und verzeichnete in den darauffolgenden Wochen einen stetigen Anstieg. Am 7. März wurde ein mittlerer Preis von 238 Euro/100 kg verzeichnet, das Vorjahresniveau wurde aber noch um 4% verfehlt. Die Kurse für Magermilchpulver waren im Jahr 2020 infolge der Corona-Pandemie am stärksten abgestürzt. Mitte April wurde mit 191 Euro der tiefste Wert des Jahres erreicht. Im Mai konnten sich die Preise wieder ein wenig erholen, in der zweiten Jahreshälfte bewegten sie sich zwischen 210 und 220 Euro.

Notierungen für Vollmilchpulver deutlich gestiegen

Vollmilchpulver verzeichnet derzeit in der EU und auf dem Weltmarkt eine deutliche Aufwärtstendenz: Die EU-Notierung startete Anfang Jänner mit einem mittleren Wert von 271 Euro/100 kg. Danach legte sie kontinuierlich zu, am 7. März wurde ein Wert von 302 Euro/100 kg erreicht. Gleichzeitig wurde damit die Vorjahreslinie um 2% überschritten. Vollmilchpulver hatte zu Beginn der Corona-Pandemie ebenfalls deutlich rückläufige Notierungen verzeichnet. Ab Mai 2020 festigten sich die Kurse wieder, bis Jahresende bewegten sie sich auf einem Niveau von etwa 270 Euro.

Ausgesprochen stabil präsentiert sich die Notierung für Cheddar-Käse. Sie lag zu Jahresbeginn bei 309 Euro/100 kg und verharrt seither in etwa auf diesem Niveau. Am 7. März wurde ein mittlerer Wert von 308 Euro/100 kg verzeichnet. Der Vorjahreswert wird aktuell um 1% übertroffen. Die Cheddar-Kurse wiesen in der EU auch im Verlauf des vergangenen Jahres nur geringfügige Schwankungen auf.

EU am Weltmarkt mit Vollmilchpulver und Cheddar konkurrenzfähig

Auf dem Weltmarkt sind die EU-Anbieter derzeit vor allem bei Vollmilchpulver konkurrenzfähig, hier liegt die europäische Notierung aktuell mit 3.566 USD/t unter dem Niveau der Mitbewerber USA und Ozeanien. Bei Butter sind die Notierungen auf dem Weltmarkt in den vergangenen Wochen deutlich gestiegen, die USA bieten dieses Produkt aktuell (7. März) mit 3.707 USD/t wesentlich günstiger an als die EU und Ozeanien. Gleiches gilt für Magermilchpulver, wo die USA mit Preisen von 2.577

USD/t die Konkurrenz unterbieten. Cheddar-Käse wiederum wird in der EU mit einer durchschnittlichen Notierung von 3.720 USD/t günstiger angeboten als von den Mitbewerbern. (Schluss) kam

EU-Parlament fordert europäisches Lieferkettengesetz

Zertifizierte Importwaren sollen Umwelt- und Sozialstandards gerecht werden

Brüssel, 11. März 2021 (aiz.info). - Importeure von Soja und Rindfleisch sollen sich stärker um den Erhalt des tropischen Regenwaldes kümmern, fordert das Europaparlament eine gemeinsame Regelung, um einen Flickenteppich von nationalen Regelungen auf dem EU-Binnenmarkt zu vermeiden. Die Forderung eines EU-Lieferkettengesetzes wurde zur Wochenmitte im Plenum des Europaparlaments mit großer Mehrheit verabschiedet. Die EU-Kommission sagt einen Vorschlag für den kommenden Juni zu, der nach dem Gesetzgebungsverfahren dann frühestens 2024 in Kraft treten könnte. Es geht darum, dass auf dem EU-Binnenmarkt nur noch Waren gehandelt werden sollen, bei deren Erzeugung weder Menschenrechte noch die Umwelt zu Schaden kommen. In der Agrarbranche betreffen diese Sorgen vor allem die Importe von Soja, Rindfleisch, Palmöl oder Kakao. Die Importeure müssen sich um zertifizierte Ware bemühen. Die betroffenen Unternehmen sollen zukünftig eine gesicherte Herkunft und die nachhaltige Erzeugung ihrer Produkte dokumentieren. * * *

Aus der Wirtschaft kommt bereits Kritik an den bürokratischen Mehrkosten für die Betriebe. Die Sorgfaltspflicht soll nicht nur auf Großbetriebe beschränkt werden. "Auch Kleinunternehmen können Schäden verursachen", betonte die niederländische Berichterstatterin **Lara Wolters** von den Sozialdemokraten. Das EU-Parlament möchte deshalb alle Akteure entlang der Kette in die Pflicht nehmen, also nicht nur Importeure oder Großhändler von Agrarerzeugnissen, sondern auch Verarbeiter und deren Kunden. Die Sorgfaltspflicht soll nicht an der Größe, sondern am Risiko festgemacht werden, das sich je nach Produkt und Herkunftsland unterscheidet. Kann ein Unternehmen seine Sorgfalt nicht nachweisen, drohen Strafen. Außerdem können die Geschädigten im Rahmen des Zivilrechts vor Gericht ziehen. (Schluss) mö

US-Kongress stimmt für billionenschweren Rettungsplan

Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln ist Schwerpunkt im USDA

Washington, 11. März 2021 (aiz.info). - Der US-Kongress hat gestern, Mittwoch, das 1,9 Billionen USD (1,6 Bio. Euro) schwere Corona-Hilfspaket von US-Präsident Joe Biden verabschiedet. Schon am Samstag passierte der sogenannte "Amerikanische Rettungsplan" nach einigen Anpassungen den US-Senat. Nun kam auch vom Repräsentantenhaus grünes Licht, mit nur einer Gegenstimme von den Demokraten. Die Republikaner lehnten das Paket geschlossen ab. Das Gesetz soll den Auswirkungen der Corona-Pandemie entgegenwirken und so die US-Wirtschaft beleben, eine Wiederöffnung der Schulen sowie eine COVID-19-Impfung für alle Amerikaner ermöglichen und Millionen Menschen aus der Armut helfen. Bestimmungen, die in die Zuständigkeiten des US-Landwirtschaftsministeriums (USDA) fallen, sollen dazu beitragen, den Hunger im Land zu verringern, die Lebensmittelversorgungsketten zu stärken, in den ländlichen Raum von Amerika zu investieren sowie sozial benachteiligte Landwirte zu unterstützen. Das Gesetz soll nach der Unterschrift von Biden am Freitag in Kraft treten. * * * *

"Der amerikanische Rettungsplan sieht Erhöhungen im 'Supplemental Nutrition Assistance Program' (SNAP) für Familien vor, die sich nicht ausreichend mit Lebensmitteln versorgen können. Auch Mütter und Kleinkinder werden beim Kauf von gesunden, frischen Lebensmitteln verstärkt unterstützt. Außerdem sieht der Rettungsplan dringend benötigte Ernährungshilfen in den US-Territorien vor. Mehr Nahrungsmittel sollen künftig auch über Lebensmittelbanken, gemeinnützige Organisationen oder Restaurants verteilt werden können, um bedürftige Familien zu ernähren und Landwirte durch den Kauf ihrer Produkte zu unterstützen", erläuterte US-Landwirtschaftsminister **Tom Vilsack**. "Amerikas Landwirte, Viehzüchter und Produzenten werden von den Vorteilen des amerikanischen Rettungsplans profitieren, wenn die Wirtschaft wieder anspringt und die Nachfrage nach amerikanischen Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Produkten steigt", gab sich Vilsack zuversichtlich.

Laut Chefökonom John Newton von der American Farm Bureau Federation, der wichtigsten landwirtschaftlichen US-Interessenvertretung, stehen aus dem Rettungsplan für Landwirtschaft und Ernährung an die 22,7 Mrd. USD zur Verfügung. Konkret soll die 15%ige Erhöhung im "Supplemental Nutrition Assistance Program", dem US-Lebensmittelhilfe-Programm, bis 30. September 2021 für alle Teilnehmer verlängert werden. Familien sollen durch Investitionen in entsprechende Technologien verstärkt von den SNAP-Vorteilen profitieren und Lebensmittel auch online kaufen können. 880 Mio. USD sind für die Bereitstellung von Obst und Gemüse für Mütter und Kleinkinder sowie für Investitionen in Innovationen im Rahmen des "Special Supplemental Nutrition Program" für Frauen, Säuglinge und Kinder (WIC) vorgesehen. 37 Mio. USD sind für eine ausgewogene Ernährung für Senioren über das "Commodity Supplemental Food Program" und 1 Mrd. USD für Ernährungshilfen in den Territorien der Vereinigten Staaten reserviert.

In Reaktion auf die COVID-19-Pandemie sieht der amerikanische Rettungsplan langfristige Investitionen zur Steigerung einer künftig robusten Lebensmittelversorgung vor. So sollen in Zukunft verstärkt Nahrungsmittel über Lebensmittelbanken, gemeinnützige Organisationen oder Restaurants an bedürftige Familien abgegeben und gleichzeitig Landwirte beim Absatz ihrer Produkte unterstützt werden. Für die Sicherheit von Mitarbeitern in der Lebensmittelkette stehen künftig Förderungen und Darlehen, etwa für den Kauf von persönlicher Schutzausrüstung, Testkits etc., bereit. Investiert wird auch in die Infrastruktur von Lebensmittelverarbeitungsbetrieben, Bauernmärkten, lokalen Lebensmittelanbietern und -banken sowie -produzenten. Einen Finanzposten stellt die Überwachung von COVID-19 bei Tieren dar. Weitere 100 Mio. USD werden verwendet, um die Gebühren für Überstundeninspektionskosten in staatlich geprüften kleinen und sehr kleinen Fleisch-, Geflügel- und Eierverarbeitungsbetrieben zu senken.

Schuldenerlass für sozial benachteiligte Landwirte

4 Mrd. USD kommen sozial benachteiligten Landwirten zugute, indem Schulden vom Staat übernommen werden, die viele farbige Landwirte am betrieblichen Wachstum oder an einer guten Lebensführung gehindert haben. Zusätzlich zum Schuldenerlass werden 1,01 Mrd. USD für Schulungen, Bildung, technische Hilfe, Zuschüsse und Darlehen sowie für die Finanzierung von Bildungseinrichtungen bereitgestellt, um den Zugang zu Land für sozial benachteiligte Landwirte und Viehzüchter zu verbessern und eventuelle Eigentumsfragen der Erben zu lösen.

"Der amerikanische Rettungsplan bietet schwarzen, indigenen, hispanischen und anderen farbigen Landwirten, die seit Generationen aufgrund systemischer Diskriminierung in einem Schuldenzyklus

gefangen sind, einen historischen Schuldenerlass. Wir können den Schmerz und das Leid, die diese Pandemie innerhalb dieser Bevölkerungsgruppen verursacht hat, nicht ignorieren", erklärte Vilsack. (Schluss) hub

Köstinger: EAG schafft Rahmen für Biomasse-Ausbau und Energiegemeinschaften

Großes Potenzial für Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und Gemeinden

Wien, 11. März 2021 (aiz.info). - Nach monatelangen Verhandlungen wurden heute von Vizekanzler Werner Kogler, Klimaschutzministerin Leonore Gewessler, Staatssekretär Magnus Brunner und Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** die Grundzüge des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (EAG) vorgestellt. "Die Energiewende hin zu erneuerbaren Quellen hat großes Potenzial für alle unsere Regionen. Ich habe mich im Jahr 2018 als Energieministerin daher für dieses Gesetz stark gemacht. Mit der #mission2030, Österreichs erster Klima- und Energiestrategie, haben wir damals den Startschuss gegeben. Es ist erfreulich, dass das Gesetz nun in die Zielgerade kommt", betonte Köstinger anlässlich der Vorstellung des fertig verhandelten EAG, das kommende Woche im Ministerrat beschlossen werden soll. * * * *

"Die Land- und Forstwirtschaft ist Teil der Lösung, wenn wir die Energiewende schaffen wollen. Unsere Wälder liefern den Rohstoff für die ökologische Produktion von Strom, auch wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Diese Ressource werden wir in Zukunft noch besser nutzen können", so Köstinger. Sie verwies darauf, dass die heimischen Landwirte bei der Nahwärmeversorgung schon gezeigt hätten, wie man zusammenarbeitet, um andere Haushalte mit Wärme zu versorgen. "Mit den Energiegemeinschaften, die das EAG nun vorsieht, wird das auch bei der Stromproduktion möglich sein. Bäuerliche Betriebe werden Strom für andere Haushalte erzeugen und anbieten dürfen. Das ist eine große Chance für unsere Regionen", unterstrich Köstinger.

Bestandssicherung für Biomasseanlagen

Das EAG sieht unter anderem eine Bestandssicherung für Biomasseanlagen mit klarer Nachfolgeregelung bis ins 30. Bestandsjahr für alle Anlagen vor. Es wurden auch Ausnahmen vom vorgegebenen Brennstoffnutzungsgrad von 60% verankert. Damit können Biomasseanlagen durch die Verwendung von Schadholz beziehungsweise der Einhaltung technischer Kriterien weitergeführt werden. Nahwärmanlagen können jetzt auch eine Förderung über das Wärme-Kälte-Leitungsausbaugesetz zum Ausbau des Leitungsnetzes erhalten.

"Grünes Gas" in Zukunft ins Netz einspeisen

Im Bereich Biogas ist eine Nachfolgeförderung (Marktprämie) für bestehende Anlagen bis ins 30. Bestandsjahr vorgesehen, wenn diese weiter als 10 km vom Gasnetz entfernt sind. Anlagen, die sich innerhalb von 10 km zum Gasnetz befinden, sollen das "Grüne Gas" in Zukunft ins Gasnetz einspeisen. Kleine Anlagen innerhalb dieser Grenze können auch bis zum 30. Bestandsjahr weiter verstromen. Für die Umrüstung von Verstromung auf Gaseinspeisung stehen 20 Mio. Euro pro Jahr als Investitionsförderung bereit. Für Neuanlagen ist eine Investitionsförderung von 30 Mio. Euro jährlich vorgesehen. Die Netzanschlusskosten ans Gasnetz werden bis zu 10 km übernommen. Für Anlagen, die künftig ins Gasnetz einspeisen, gibt es noch mindestens 24 Monate eine Marktprämie für die Verstromung als Bestandssicherung.

EAG bringt auch Erleichterungen für den Tourismus

Neben den Ausbauplänen regelt das EAG auch die Finanzierung des Ökostroms über die sogenannte Ökostrompauschale zum Teil neu. Das ist auch wichtig für viele Tourismusbetriebe. Zahlreiche Saisonbetriebe (Almen, Seilbahnen, Hotels) stehen oft lange Zeit still. Bisher mussten sie trotzdem eine Pauschale für den Ökostrom in dieser Zeit leisten. Das wird sich mit dem EAG ändern. Für die Monate, in denen Saisonbetriebe geschlossen haben, sollen sie von 80% der Ökostrompauschale befreit werden. Für Saisonbetriebe, die zum Beispiel eine elektrifizierte Feldberegnung haben, gilt außerhalb der Saison auch eine 80%ige Befreiung der Ökostrompauschale. "Viele Betriebe werden dadurch spürbar und vor allem nachhaltig entlastet", erklärte Köstinger.

"Neben der Sonnen-, Wind- und Wasserenergie wird beim Ausbau von erneuerbaren Quellen vor allem die Biomasse künftig eine wesentliche Rolle spielen. Bestehende Anlagen werden abgesichert und entsprechende Rahmenbedingungen für den Ausbau geschaffen. Insgesamt können die Potenziale der Land- und Forstwirtschaft mit dem EAG gut genutzt werden", sagte Köstinger. (Schluss) kam

Moosbrugger: EAG für mehr Arbeitsplätze und Wertschöpfung dringend benötigt

LK Österreich: Potenziale der Land- und Forstwirtschaft müssen genutzt werden

Wien, 11. März 2021 (aiz.info). - "In der aktuellen Wirtschaftskrise müssen rasch gute Entscheidungen getroffen werden, um den Weg für Zukunftsinvestitionen freizumachen. Mit dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz soll die Bundesregierung ein geeignetes Instrument schaffen, um alle Möglichkeiten der Land- und Forstwirtschaft zur Erfüllung unserer Energie- und Klimaziele bestmöglich zu nutzen. Dieses Gesetz muss die Grundlage dafür bilden, alle erneuerbaren Energietechnologien in Österreich weiter auszubauen und bestehende Biomasse- und Biogasanlagen abzusichern", begrüßte **Josef Moosbrugger**, Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich, das für den kommenden Ministerrat in Aussicht gestellte Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz und ergänzte: "Wir hoffen nun auf eine zügige Behandlung des Gesetzesvorhabens im Parlament, damit so bald wie möglich zahlreiche Arbeitsplätze bei allen erneuerbaren Energien entstehen. Zu allfällig noch notwendigen Detailverhandlungen zu einzelnen Gesetzesstellen werden wir uns jedenfalls konstruktiv einbringen." * * * *

Weiterbetrieb gewährleisten

"Ein besonderes Anliegen für uns ist es, dass nicht nur neue Projekte entwickelt werden, sondern vor allem auch die bereits bestehenden voll funktionsfähigen Holzkraftwerke und Biogasanlagen optimal weiterbetrieben werden können. Es würde absolut keinen Sinn machen, bei uns in Österreich die rohstoffgetriebenen Anlagen für erneuerbaren Ökostrom und Ökowärme nach 13 oder 15 Jahren Betriebsdauer abzuschalten, während in unseren Nachbarländern die Laufzeit maroder Atomkraftwerke bis 60 Jahre und mehr verlängert wird", so Moosbrugger. Und weiter: "Wichtig ist, dass bei dem Ausbau der erneuerbaren Energien auch nachhaltig wirksame Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen werden und die Steigerung der Wertschöpfung auch tatsächlich bei den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ankommt."

Große Potenziale in Land- und Forstwirtschaft

"In der Land- und Forstwirtschaft haben wir für alle Bereiche der erneuerbaren Energien große Potenziale, das reicht von Holzkraftwerken und Biogasanlagen über Dachflächen für Photovoltaikanlagen bis hin zu passenden Standorten für Kleinwasserkraftwerke und Windkraftwerke. Es ist überall die intensive Zusammenarbeit aller Akteure mit unseren Betrieben wichtig, um die ambitionierten Zielsetzungen der Energie- und Klimapolitik auch tatsächlich erreichen zu können", stellte Moosbrugger weiter fest.

"In der Praxis wird sich das Gesetz erst bewähren müssen. Was letztlich für die Erreichung der ambitionierten Klima- und Energieziele zählt, ist der Erhalt unserer bestehenden Anlagen und die in den kommenden Jahren erfolgreich umgesetzten Projekte. Wir hoffen, mit dem Gesetzespaket werden umgehend stabile Rahmenbedingungen für dringend notwendige Investitionen in alle Zukunftstechnologien der erneuerbaren Energie in Kraft gesetzt", so Moosbrugger abschließend. (Schluss) - APA OTS 2021-03-11/15:15

Montecuccoli begrüßt EAG: Land- und Forstwirtschaft ist Teil der Energiewende

In großen Schritten zum Klimaziel

Wien, 11. März 2021 (aiz.info). - Die Land&Forst Betriebe Österreich begrüßen das heute präsentierte Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG). Im Kampf gegen die Klimakrise sei es genau die richtige Antwort. "Mit dieser Grundlage schaffen wir den Ausbau der erneuerbaren Energie in Österreich und nähern uns in großen Schritten der Energiewende. Die heimischen Land- und Forstwirte können dazu mit ihren nachhaltigen Ressourcen, die in ausreichender Menge zur Verfügung stehen, einen wertvollen Beitrag leisten und sind bereit, mitzuwirken", zeigt sich **Felix Montecuccoli**, Präsident der Land&Forst Betriebe Österreich, erfreut. Biogene Energieträger seien für die Energiewende von großer Bedeutung und eine wichtige Ergänzung zu emissionsfreien Energiequellen wie Sonne, Wind, Wasser. Denn Energie aus Biomasse könne unabhängig von der Witterung immer und regelmäßig erzeugt werden. * * * *

"Die Nachfolgeregelungen für Biomasseanlagen geben endlich die so wertvolle Planungssicherheit sowie Ausbaumöglichkeiten und sichern regionale Wertschöpfung und wertvolle Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Zudem ist es eine gute Gelegenheit für die vom Klimawandel betroffenen heimischen Waldbesitzer, anders nicht verwertbare Holzsortimente und Schadholz einer energetischen Nutzung zuzuführen", erklärt Montecuccoli. Biomasse leistet auf dem Weg weg von fossiler und hin zu erneuerbarer Energie einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft, denn ein aktiv bewirtschafteter Wald ist aktiver Klimaschutz.

Land- und Forstwirte sind Klimahelden

"Österreichs Wälder werden seit vielen Generationen nachhaltig bewirtschaftet und legen damit den Grundstein für die Produktion von Biomasse. Heimische Land- und Forstwirte sind direkt Betroffene des Klimawandels und gleichzeitig ein wesentlicher Teil der Lösung, denn sie sind die wichtigsten Lieferanten für erneuerbare Energie im Bereich Biomasse/Biogas und haben auch die notwendigen Flächen für Wind- und Sonnenenergie. Eine nachhaltige Energiewende ist nur mit einer flächendeckenden, nachhaltigen und aktiven Landbewirtschaftung möglich", stellt Montecuccoli klar. (Schluss)

Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz stößt bei Experten auf positives Echo

Pernkopf: Umsetzung des EAG gibt der Energiewende enormen Schub

Wien, 11. März 2021 (aiz.info). - Niederösterreichs LH-Stellvertreter **Stephan Pernkopf** begrüßt die heutige Präsentation des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (EAG) durch den Bund: "Damit hat das Warten ein Ende. Die Umsetzung des EAG gibt unserer Energiewende einen enormen Schub und bringt umgehend Investitionen von 550 Mio. Euro und sauberen Strom für 425.000 Haushalte in unserem Bundesland." Gerade jetzt während der Corona-Pandemie brauche es den wirtschaftlichen Aufschwung: "Durch die Investitionen in nachhaltige Energieformen werden nicht nur Klima und Umwelt geschützt, sondern auch Arbeitsplätze geschaffen", so Pernkopf. * * * *

"Gerade zehn Jahre nach dem Reaktorunglück von Fukushima ist dieses Bekenntnis zur erneuerbaren Energie ein sehr erfreuliches Zeichen, für das ich mich bei den Ministerinnen Leonore Gewessler und Elisabeth Köstinger, bei Vizekanzler Werner Kogler und Staatssekretär Magnus Brunner bedanke. Bis zum Jahr 2030 soll der gesamte Strombedarf in Österreich aus erneuerbarer Energie gedeckt werden können. Das EAG ebnet den Weg zu diesem wichtigen Ziel, das Niederösterreich schon im Jahr 2015 erreicht hat. Trotzdem wollen wir weiter kräftig ausbauen und zum Beispiel den Strom aus Photovoltaik verzehnfachen", kündigt Pernkopf an.

"Das EAG beinhaltet auch die Möglichkeit zur Bildung von Energiegemeinschaften. Diese schaffen die Gelegenheit, den selbst durch eine Ökostromanlage erzeugten Strom mit den Nachbarn zu teilen oder zu verkaufen, anstatt ihn als Überschussstrom direkt ins Netz einspeisen zu müssen. Dafür wurde bereits letzte Woche die Servicestelle 'Energie Zukunft Niederösterreich' (EZN) gegründet, die künftig alle Energiegemeinschaften bei der konkreten Konzeption, dem Verkauf und der Speicherung des Stroms sowie der Abrechnung und Abwicklung mit den Behörden und den Netzbetreibern unterstützt", berichtet Pernkopf.

Mayrhofer: Weichenstellung und wichtiges Signal

"Die nunmehrige Einigung auf das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz ist eine längst überfällige Weichenstellung sowie ein wichtiges Signal für die nachfolgenden Generationen. Durch das EAG sinken die Emissionen in Österreich, es werden wichtige Investitionen in Zukunftstechnologien ermöglicht und damit Impulse für regionale Arbeitsplätze gesetzt. Davon profitieren Umwelt, Unternehmen und die Menschen in den Regionen", zeigt sich der Generalsekretär des Ökosozialen Forums,

Hans Mayrhofer, erfreut. "Das EAG zeugt vom gemeinsamen Willen für eine erneuerbare Energiezukunft und für eine Klimaneutralität bis 2040. Es ist damit ein starkes Bekenntnis zur ökosozialen Idee", so Mayrhofer.

"Zu den wichtigsten Neuerungen im EAG zählt etwa die Gründung von Energiegemeinschaften. Damit können Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen zu einem Teil der Energiewende werden. Das fördert die Akzeptanz und signalisiert, dass Ökostrom alle angeht. Doch das EAG ist nur ein erster Schritt für eine Zukunftsfähigkeit der heimischen Energieversorgung. Ein deutlicher Investitionsschub ist dringend notwendig, um das Ziel der Klimaneutralität 2040 erreichen zu können" betont der Generalsekretär. Österreich brauche endlich eine weitreichende Ökologisierung des Steuersystems, eine ökosoziale Lenkungsabgabe bleibe das Gebot der Stunde.

Wagner: Jetzt zügige Behandlung im Parlament notwendig

Auch der Dachverband Erneuerbare Energie Österreich (EEÖ) zeigt sich erfreut über die heutige Vorstellung des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes. "Nun kommt das so dringend erwartete Gesetz ins Parlament und kann dort zügig in Richtung Beschlussfassung gebracht werden", zeigt sich **Christoph Wagner**, Präsident des EEÖ, optimistisch.

"Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz erfordert eine Beschlussfassung mit Zweidrittelmehrheit. Mit vereinten Kräften kann im österreichischen Parlament nun ein wesentlicher Pfeiler für eine nachhaltige Energieversorgung mit 100% Strom aus erneuerbaren Quellen auf den Boden gebracht werden. Für den nun beginnenden parlamentarischen Prozess des EAG erwarten wir uns daher konstruktive Diskussionen und auch Tempo", ergänzt Wagner. Die Energiewende könne in den nächsten zehn Jahren Investitionen von rund 45 Mrd. Euro in die heimische Wirtschaft bringen und weit über 100.000 Arbeitsplätze schaffen. Der gesetzliche Rahmen für diese Chance sei daher bald festzumachen, stellt der EEÖ-Präsident fest. (Schluss)

Bauernbund: EAG muss Weichen für eine klimaneutrale Zukunft stellen

Mit Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz Potenziale der Land- und Forstwirtschaft nutzen

Wien, 11. März 2021 (aiz.info). – "Das Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG) muss das Fundament für eine klimaneutrale Zukunft legen und neue Chancen für unsere Bäuerinnen und Bauern und den gesamten ländlichen Raum eröffnen", betont Bauernbund-Präsident **Georg Strasser**. "Die Land- und Forstwirtschaft kann einen enormen Beitrag leisten, um die Klimaziele zu erreichen: mit Grünem Gas, Biomasse und mit Photovoltaik. Wir wollen das Klima und die Umwelt schützen, aber auch Einkommen erzielen, all das ist notwendig und legitim. Das EAG wird dringend benötigt, um wichtige Rahmenbedingungen zur Erreichung unserer Klimaziele festzulegen", so Strasser. * * * *

Die Land- und Forstwirtschaft ist Teil der Lösung in der Energiewende: Ziel ist, bis zum Jahr 2030 100% Strom aus erneuerbarer Energie in Österreich zu erzeugen. Dafür braucht es eine gesteigerte Stromerzeugung über Biomasse- und Biogasanlagen sowie Photovoltaik, Wind- und Kleinwasserkraft. Heute wurde die langersehnte Regierungsvorlage zum EAG präsentiert, die kommende Woche im Ministerrat beschlossen wird. Das EAG soll zahlreiche Änderungen für Biomasse- und Biogasanlagen gegenüber dem Begutachtungsentwurf beinhalten, unter anderem ist

eine Nachfolgeregelung bis zum 30. Bestandsjahr für Biomasseanlagen vorgesehen. Eine Schadholtzklausel soll sicherstellen, dass alle Biomasseanlagen unterstützt werden. Ebenso soll es für Biogasanlagen Nachfolgeförderungen geben sowie Investitionsförderungen für die Umrüstung von Verstromung auf Gaseinspeisung und für Neuanlagen. Das EAG sieht auch Energiegemeinschaften vor, damit bäuerliche Betriebe Strom für andere Haushalte produzieren und anbieten dürfen. Auch ein Fundament für die Zukunftstechnologie Grünes Gas und für einen weiteren Photovoltaik-Ausbau wird angestrebt.

"Unser Ziel ist, dass alle bestehenden Biomasse- und Biogasanlagen optimal weiterbetrieben werden können - hier wurde bei der Erarbeitung des EAG sehr viel Energie und Zeit investiert. Unser Dank gilt besonders Bundesministerin Elisabeth Köstinger und Staatssekretär Magnus Brunner. Mit voller Kraft geht es hoffentlich noch vor dem Sommer in die entscheidenden Verhandlungen im Parlament, damit ein rascher Abschluss möglich ist. Klar ist: Wenn wir die Energiewende schaffen wollen, müssen wir in die Energieerzeugung im ländlichen Raum investieren - hier gibt es enormes Potenzial für Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Wir hoffen daher auf eine rasche Einigung im Parlament", so Strasser. (Schluss) - APA OTS 2021-03-11/15:46

Ukraine: Exportwert von Ölmühlenprodukten bisher um ein Drittel gesteigert

Höhere Weltmarktpreise gaben den Ausschlag

Kiew, 11. März 2021 (aiz.info). - Die ukrainischen Ölmühlen haben in der ersten Hälfte des laufenden Wirtschaftsjahres (September 2020 bis August 2021) Produkte in einem Gesamtwert von rund 4,4 Mrd. USD (3,7 Mrd. Euro) an den Außenmärkten abgesetzt, teilte die Branchenvereinigung Ukrolijaprom mit. Gegenüber dem gleichen Zeitraum der vergangenen Saison bedeute das einen Anstieg um 33,3%. Die positive Entwicklung sei in einem bedeutenden Maße auf die gestiegenen Weltmarktpreise für Pflanzenöle und Schrote zurückzuführen, heißt es in der Mitteilung. Der Anteil von Sonnenblumenöl am Gesamtwert der Exporte belief sich mit gut 3,42 Mrd. USD (2,88 Mrd. Euro) auf 77,7%. Weitere 14,4% entfielen auf Sonnenblumenschrot sowie 2,9% auf Sojaschrot, 2,4% auf Sojaöl und 1,9% auf Rapsöl. (Schluss) pom

Bundesforste pflanzen 1,5 Mio. Jungbäume

2 Mio. Euro in Aufforstungsprogramm investiert - Klimafitte Wälder als Ziel

Wien, 11. März 2021 (aiz.info). - Pünktlich zum Tag des Waldes am 21. März starteten die Österreichischen Bundesforste (ÖBf) in die Aufforstungssaison. In den nächsten Wochen, wenn die Schneedecken geschmolzen sind, werden wieder Tausende von Jungpflanzen in den heimischen Wäldern ausgebracht - insbesondere dort, wo Stürme, Käfer und Schadereignisse ihre Spuren hinterlassen haben. "Wir bewirtschaften die Wälder naturnah und forcieren grundsätzlich Naturverjüngung, also den natürlichen Nachwuchs, da dieser am besten an die lokalen Witterungsbedingungen angepasst ist", betont ÖBf-Vorstand **Rudolf Freidhager**. * * * *

"Nach Schadereignissen muss jedoch aufgeforstet werden, damit die Wälder rascher nachwachsen und die kahlen Flächen sich wieder schließen können. Auch heuer werden wir daher in unseren

Wäldern wieder rund 1,5 Mio. Jungbäume pflanzen und in Summe über 2 Mio. Euro in Aufforstungen investieren", so Freidhager. Zahlreiche Schadereignisse wie Schneebrüche, Stürme und Österreichs wichtigster Waldschädling, der Borkenkäfer, haben Aufforstungen in nahezu allen Forstrevieren erforderlich gemacht. "Gleichzeitig treiben wir damit den Waldumbau hin zu artenreichen Mischwäldern voran - das Artenspektrum umfasst über 40 Baumarten und reicht von Ahorn, Eiche und Nuss bis hin zu Traubenkirsche, Tanne und Zirbe", weist der ÖBf-Vorstand auf die Bedeutung artenreicher Zukunftswälder hin. Die Aufforstung wird in zwei Wellen - die erste im Frühling, die zweite im Herbst - in allen 120 Forstrevieren der Bundesforste in ganz Österreich durchgeführt.

Baumpflanzungen in sieben Bundesländern

Die meisten Jungbäume werden in den Bundesländern Oberösterreich und Salzburg, die in den letzten Jahren wiederholt von Schadereignissen heimgesucht wurden, mit je 350.000 Stück gepflanzt. Etwa 280.000 Jungpflanzen werden in Niederösterreich gesetzt, vor allem in der vom Borkenkäfer geplagten Region Waldviertel. In der Steiermark wird mit 200.000 Jungbäumen aufgeforstet, in Tirols Gebirgslagen sind es 200.000 und in Kärnten 120.000 Jungpflanzen. "Gerade im Gebirgswald ist das Aufforsten besonders wichtig, denn nur intakte Schutzwälder bewahren uns Menschen vor weiteren Naturkatastrophen wie Lawinen, Muren, Hangrutschungen oder Erosion", so Freidhager. Die erste Welle der Aufforstung beginnt je nach Witterung und Höhenlage im März und wird bis Mai andauern, während die zweite Aufforstungswelle dann im September und Oktober erfolgen wird.

Bunte Mischung mit Elsbeere, Schwarznuss und Traubeneiche

Gepflanzt werden vor allem Baumarten, die mit den zukünftigen Klimabedingungen besser zurechtkommen werden. Die Fichte, Österreichs häufigste Baumart, stellt noch immer eine wichtige Pflanzgruppe dar, sie wird vor allem in tieferen Lagen unter 600 m Seehöhe jedoch zunehmend um Laubbäume, Kiefern, Tannen oder Lärchen ergänzt. Insbesondere Tanne und Lärche sind tief wurzelnde Baumarten und damit Stürmen, aber auch längeren Trockenperioden besser gewachsen als die flach wurzelnde Fichte.

Eine weitere Baumart, die in Gebirgslagen zunehmend an Bedeutung gewinnen wird, ist die Tanne (Weißtanne). Ähnlich wie die Lärche verfügt sie über sehr lange Wurzeln, die ihr Sturmfestigkeit verleihen und mit denen sie auch bei großer Trockenheit noch Feuchtigkeit aus den tieferen Bodenschichten aufnehmen kann. "Den Anteil von Tanne und Lärche wollen wir in den nächsten Jahren mehr als verdoppeln", erklärt Freidhager, "dafür wird der Anteil an Fichte um ein Drittel zurückgehen." In tieferen Lagen und im Osten des Landes wird die Eiche forciert, vor allem die Trauben- und die Stieleiche, die auch auf trockenen Standorten gut wächst. Auf geeigneten Böden, etwa im Waldviertel, wo die Fichte aufgrund zunehmender Trockenheit immer mehr zurückgehen wird, ist auch die Douglasie, eine wüchsige Tannennart, eine zukunftssträchtige Alternative. Neben Hauptbaumarten werden viele Mischbaumarten die Wälder ergänzen.

Klimafitte Wälder sind das Ziel

"In Summe werden über 40 unterschiedliche Nadel- und Laubbaumarten in unseren Wäldern gepflanzt. Neben den genannten Nadelbäumen werden etwa Zirben, vor allem in Hochlagen Salzburgs und Tirols, und Schwarzkiefern in den tieferen Lagen Niederösterreichs gepflanzt. Bei den Laubbäumen ergänzen Berg-, Spitz- und Feldahorne, Weiß- und Hainbuchen, Grau- und Schwarzerlen, aber auch seltenere, alte und edle Wildobstbäume wie Elsbeere, Schwarznuss, Mehlbeere, Traubenkirsche, Wildapfel und Wildbirne das Artenspektrum. Mit diesen Aufforstungen treiben wir den Umbau in Richtung klimafitte Wälder voran, denn bei einem durchschnittlichen Erntealter von 120 Jahren haben wir keine Zeit zu verlieren", gibt Freidhager zu bedenken. (Schluss)

OÖ: Erster Aufzuchtbetrieb für Masthendl-Elterntiere nimmt Arbeit auf

22.000 Hennen liefern die Eier, aus denen Mastküken werden

Linz, 11. März 2021 (aiz.info). - Geflügelfleisch wird bei den Konsumenten immer beliebter, und die Masthendlhaltung boomt in Oberösterreich. Pro Kopf essen die Österreicher jährlich im Schnitt 9,1 kg Hendlfleisch, davon können 82% aus heimischer Erzeugung angeboten werden. Alleine in Oberösterreich gibt es 145 Hühnermast-Betriebe, in denen jährlich etwa 21 Mio. Tiere heranwachsen. Die Küken dafür kamen bislang schon aus heimischen Ställen. Doch die Eltern dieser Küken, auch als "Masthendl-Elterntiere" bezeichnet, wurden bisher importiert - hauptsächlich aus den Niederlanden. Doch nun nimmt in Michelsdorf im Bezirk Kirchdorf der erste Mast-Elterntier-Aufzuchtbetrieb Oberösterreichs die Arbeit auf. * * * *

Am Hof von Roland Lanz werden neben 2.200 Hähnen auch 22.000 Hennen aufgezogen, die später in vier separaten oberösterreichischen Betrieben jene Eier legen, aus denen in einer Brüterei die Mastküken erbrütet werden. Diese kommen dann zu den Masthendl-Bauern, wo sowohl die weiblichen als auch die männlichen Küken zu Masthendln heranwachsen. Die gesamte Aufzucht im Mast-Elterntier-Aufzuchtstall geschieht in reiner Bodenhaltung, und in einem Jahr werden rund 48.000 Mastelertiere aufgezogen. "Aus den Eiern, welche die von uns aufgezogenen Elterntiere legen, können nach dem Schlupf der Küken schlussendlich jährlich 7,5 Mio. Masthühner aufwachsen. Unser oberstes Ziel sind gesunde Junghennen, die anschließend Bruteier für gesunde Masthendln legen", betont Betriebsleiter **Roland Lanz**.

"Durch den Bau dieses Stalls kann in Zukunft auf weite Transporte von Hennen aus den Niederlanden verzichtet werden. Tierschutz und Tiergesundheit sind der Landwirtschaftskammer ein großes Anliegen. Deswegen begrüßen wir solche Initiativen zur Regionalisierung ganz besonders, auch im Hinblick darauf, lange Transporte von lebenden Tieren möglichst zu vermeiden. Die Kooperation der Familie Lanz mit vier Elterntier-Betrieben gibt langfristige Sicherheit für die Investition und sichert einen Vollerwerbsbetrieb in Oberösterreich", freut sich LK-Präsidentin **Michaela Langer-Weninger** über diesen neuen Aufzuchtbetrieb.

Der Mast-Elterntier-Aufzuchtstall konnte in langer Planungsphase mit der Geflügelmastgenossenschaft GGÖ realisiert werden. "Mit diesem Stall, einem von wenigen in Österreich, erlangen wir in der Hendlmast ein wesentliches Plus bei der Regionalität und können heimische Qualität bei den Masthendln bis zur eigenen Aufzucht der Elterntiere garantieren. Wir

hoffen, dass in den nächsten Jahren weitere Elterntier-Aufzuchtstallungen errichtet werden und dass so mittelfristig möglichst viele der 32 oberösterreichischen Mastbruteier-Erzeuger mit heimischen Junghennen beliefert werden können", betont GGÖ-Obmann **Markus Lukas**. (Schluss)